

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 292 - 297

Verkaufte „öffentliche Meinung“.

Vom Regierungsblatt zum Industrieanzeiger.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ über- rascht heute ihre Leser mit einer Erklärung, die der Auf- sichtsrat der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt sowie der Verlag und die Redaktion des Blattes „in eigener Sache“ veröffentlichen. Die Erklärung lautet:

Die bisher im Besitz der Reichsregierung befindlichen Aktien unserer Gesellschaft sind mit dem heutigen Tage von einer Gruppe erworben worden, die sich aus Industrie, Handel und Schifffahrt zusammensetzt. Damit hat jede mittelbare oder unmittelbare Beteiligung des Reiches oder anderer amtlicher Stellen aufgehört.

An der unabhängigen nationalen Politik der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird unverändert festgehalten. Die Leitung und Zusammensetzung der Redaktion, deren Unabhängigkeit ebenso wie bisher gesichert ist, bleibt die gleiche.

Bemerkenswert ist an dieser Erklärung, daß sie nicht den geringsten Hinweis auf den Personenkreis ihrer Erwerber enthält. Von anderer Seite muß man erfahren, daß die Darmstädter Bank und der rheinische Großindustrielle Otto Wolff zu den neuen Besitzern dieses Blattes gehören. Dieser bekannte schwerindustrielle Konzern hat sich schon früher im Pressewesen betätigt. Er war es, der die größte nicht amtliche Nachrichtenagentur, die Tele- graphenunion, in ihrem heutigen Charakter neu ge- staltet hat, indem er den Korrespondenzverlag Dr. Jammert an sich zog und mit der früheren Depeschen- agentur T.M. vereinigte. Dieses Unternehmen ist später über- zugenberg fast ausschließlich in die Hände der Deutschnationalen Partei und der ihr nahestehenden Industriellen und Agrarkreise geraten. Auch ein führendes Zentrumsblatt, die „Königliche Volkszeitung“ hat eine Zeitsung zum Otto-Wolff-Konzern gehört, der allerdings später auf die be- absichtigte Beeinflussung des großen Handelsteils der Zeitung verzichtet mußte. Ebenso wurde sein Name im Zusammen- hang mit der inzwischen in der „Täglichen Rundschau“ auf- gegangenen völksparteilichen Tageszeitung „Die Zeit“ ge- nannt.

Außer dem Otto-Wolff-Konzern sind aber noch andere Kreise beteiligt. Man nennt insbesondere die Hamburg- Amerika-Paketaktiengesellschaft, deren Auf- sichtsratsvorsitzender der frühere deutsche Reichszan- zler Cuno ist, sowie den Trustmagnaten und völksparteilichen Abgeordneten Bögeler.

Es scheint das Schicksal der „D.A.Z.“ zu sein, daß in ihre Geschichte alle Gefahren eines kapitalistisch beein-

fluhten Zeitungswesens für die Allgemeinheit geradezu typisch hervortreten. Einstmals ein offizielles Regierungsorgan, wechselte es im Laufe der Inflation wieder- holt seinen Besitzer, gehörte einmal Sinnes, einmal der preussischen Regierung, einmal dem Auswärtigen Amt, um nun wieder in die Hände eines privatkapitalistischen Kon- sortiums zu gelangen. Nicht immer hat man den Besitz- wechsel der Öffentlichkeit und dem Leserpublikum derart zur Kenntnis gebracht, wie das jetzt der Fall ist. Während in Wirklichkeit der Verlag und die Redaktion den verschieden- artigsten Interessen zu dienen hatten, erfuhr das Publikum von dem Besitzwechsel höchstens dann etwas, wenn der Re- daktionsstab sich in auffälliger Weise veränderte.

Der jetzige nicht unbeträchtliche Kaufpreis — ge- nannt werden anderthalb Millionen, das dürfte aber zu tief gegriffen sein — ist in Wirklichkeit für ein Unternehmen noch viel zu viel, wenn es wie die „D.A.Z.“ bisher monatlich 90 000 M. Zuschuß erforderte. Wenn man einen Sinn in dieser Erwerbung der „D.A.Z.“ durch die Privatindustrie suchen will, so kann es nur der sein, daß Schwerindustrie, Schifffahrt und Banken neuerdings andere Wege in die Öffentlichkeit zu erschließen trachten als ihnen bisher zur Verfügung standen. Die westdeutsche Großindustrie ist schon längst nicht mehr damit zufrieden, daß der nationalstische Hugenberg-Konzern mit seiner reaktionären und völkisch gerichteten Politik die internationalen Beziehungen immer wieder stört, auf die die moderne Industrie — die Eisen- und Stahlindustrie aber ganz besonders — angewiesen ist. Der Erwerb der „D.A.Z.“ ist also wohl dazu bestimmt, um das Uebergewicht der Hugenberg-Presse im Lager der bürger- lichen Rechtsparteien und der Industrie etwas auszugleichen.

So wird die „öffentliche Meinung“, in deren Unabhängigkeit ein großer Teil der Leser sein Vertrauen setzt, zum Mittel der Interessenpolitik und des Austrages von Interessengruppen der Kapitalisten unter- einander. Der Fall D.A.Z. ist dafür typisch. Aber in der übrigen Presse wechseln Besitzer und Drahtzieher der öffent- lichen Meinung ebenfalls fortgesetzt, ohne daß man das immer erfährt. Im Interesse der Reinheit der Presse ist also aufs neue die Forderung zu erheben, daß die Eigentumsverhält- nisse einer Zeitung öffentlich bekanntgegeben werden.

Für die Arbeiterschaft aber sollten diese Vorgänge ein neuer Ansporn sein, für ihre Parteipresse zu werden, die durch die Art ihrer Organisation niemals zur Handels- ware werden kann.

luktion, die „Republik“, nicht. Ja, man versucht sogar, sich auf sie einzurichten und scheut sich vor dem offenen, ehrlichen Bekenntnis zur Monarchie. Ich meine, als vernünftiger Mensch gibt es hier nur ein vollkommen unverföhliches Entweder Oder.

Warten wir ab, ob sich die Regierung mit ihren vier deutschnationalen Ministern heute mit diesem Problem aus- einandersetzen wird.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist über die neue Regie- rung erfreut, aber ein deutschnationaler Führer aus der Provinz schreibt ihr, daß er das Schauspiel der Regierungsbildung „nicht sehr geschmackvoll“ gefunden habe:

War es wirklich nicht möglich, die Auswahl der Minister sowohl mit Rücksicht auf das Ansehen der deutschnationalen Volkspartei wie mit Rücksicht auf die einzelnen Personen rechtzeitig und damit tatvollster und würdiger zu betreiben?

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ hat es schon wieder mit dem „Lokal-Anzeiger“. Stresemann-Offizide gegen Hugenberg-Offizide. Es geht noch immer um die Ent- waffnungsfrage des neuen Kabinetts, bei der die Deutsch- nationalen den Dusek hatten, nicht dabei zu sein:

Nach alibewährtem Verfahren sollen wieder einmal die Deutschnationalen von jeder Verantwortung frei- gesprochen und diese einzig und allein dem Außenminister auf- erlegt werden. Man gewinnt weiter den Eindruck, als ob das Berliner Hugenberg-Blatt einen besonderen Aufsichtsrat für die deutsche Außenpolitik notwendig hält. Für diese lehnen wir ihn allerdings rundweg ab. Bielefeldt setzt aber Herr Hugenberg einen solchen Aufsichtsrat für die Deutschnationalen Volkspartei zu- sammen. Sie ist ja schon einmal an dem Nachspruch eines solchen Aufsichtsrats gescheitert, nämlich im Herbst 1925, als sich ihre Reichs- tagsfraktion und ihre damaligen Reichsminister dem Diktat der Landesverbandsvorsitzenden beugten und das erste Kabinett Luther sprengten. Oder wollte der „Berliner Lokal-Anzeiger“ ausprechen, daß sich innerhalb des Kabinetts eine geschlossene Fronte gegen den völksparteilichen Außenminister bilden müsse, eine Fronte, die schon durch ihre Zahl so stark ist, daß er mit seiner Politik niemals wird durchbringen können? In jedem Falle sind seine Ausführungen nicht geeignet, die Zusammenarbeit in der neuen Re- gierungscoalition zu erleichtern, im Gegenteil können sie nur die begrifflichen Verwirrungen in der Volkspartei verschärfen.

Nun ist diese Duvertüre der Bestimmten zu Ende. Der Vorhang geht auf, das Spiel beginnt.

Der Bürgerblock von Prag.

Verfall der tschechischen Demokratie.

J. H. Prag, am 1. Februar.

Als jene deutschbürgerlichen Parteien, die jetzt der Regierungsmehrheit in der Tschechoslowakei angehören, noch in der Opposition standen, da haben sie bitter geklagt über den demokratisch maskierten Absolutismus der Wehr- heit. Aber seit sie ihre politische Stellung gewechselt haben und selber an der Regierung teilnehmen, sind sie aus Be- kämpfern zu Nutzniehern des vor Jahresfrist noch so heftig angefeindeten Systems geworden. Unter ihrer Mit- hilfe wird die Demokratie systematisch abgebaut.

Das Parlament tagt seit Monaten nicht. Noch seltener als früher wird es einberufen. Die großen Sorgen der Bevölkerung: die Wohnungsfrage, die Teuerung, die Arbeitslosigkeit interessieren die Parliamen- täre nicht. Nur ein Ausschuß, der über die Steuer- reform zu beraten hat, die bedeutende Nachlässe bei den großen Einkommen vorsieht, kommt gelegentlich zusammen. Aber es kommt vor, daß er sich mit Teilen der Vorlage be- schäftigt, die nicht mehr gültig sind, weil sich der „Achttaus- schuß“ der Regierungsparteien, der die frühere „Reifa“ ab- gelöst hat, längst über Änderungen geeinigt hat, die der Opposition mitzuteilen man nicht für nötig hielt. Die Be- völkerung weiß, daß sie vom Parlamente, wenn es wieder einmal zusammentritt, nur neue Belastungen zu erwarten hat. Aber sie wird schon dadurch, daß man das Parlament überhaupt so selten zusammenruft und es dann zwingt, im Eiltempo die Formalität der geschäftsordnungsmäßigen Ver- handlung der von den Regierungsparteien bis zum letzten Buchstaben ausgehandelten und unabänderlichen Beschlüsse zu erfüllen, zur Gleichgültigkeit gegenüber dem Parlamente er- zogen. Der Parlamentarismus wird in den Augen der Öffentlichkeit systematisch diskreditiert! Die Demokratie wird entwurzelt im Willen der Staatsbürger. Um so leichter wird es dann der Wehrheit, ohne Parlament zu regieren.

Das Blatt der tschechoslowakischen Legionärs-Gemeinde, also eine nicht sozialdemokratische, sondern eher den tschechi- schen Nationalsozialisten nahestehende Zeitung, bezeichnete kürzlich diese Ausschaltung des Parlamentes als „Weg zur Diktatur, zu einseitiger Geltendmachung der Macht durch einige wenige“ und stellte fest: „Es scheint, daß einige Führer der bürgerlichen Wehrheit sich in gefährlicher Weise in den Fa- schismus vergraben haben und daß sie sich den Ueber- gang zur tschechisch-deutschen Diktatur der bürgerlichen Kreise durch systematische Beseitigung der gesetzgebenden Körper- schaften erleichtern wollen.“ Daß ein Blatt, das wie das Legionärsorgan „Narodni Osobozeni“ keineswegs sehr weit links steht, diesen Warnungsruß ausstößt, zeigt den Ernst der Situation.

Daß die Verwaltungsreform als Neuaufrichtung der alten Länderverfassung gedacht ist, mit Landtagen, die zum Teil aus ernennten Vertretern bestehen sollen, ist nur eines der vielen Symptome, welche die Richtigkeit dieser Feststellungen bestätigen. Man hat in der Tschecho- slowakei eine unheimliche Vorliebe für Ernennungen. Eben haben einige Regierungsblätter die Absicht der Regierung ausgeplaudert, die Vorstände der ehemaligen Bezirksstran- kentalassen, die jetzt Bezirkssozialversicherungsanstalten sind, nicht wählen zu lassen, sondern zur Leitung ernannte Kommissionen zu berufen, die zu einem Drittel aus Vertretern der Behörden, zu einem Drittel aus Vertretern der Unternehmer und nur zu einem Drittel aus Arbeitern bestehen, also dem Einflusse der Arbeiter ganz entzogen sein sollen.

Für den Fall, daß die Arbeiter sich allzu sehr über ihre fortschreitende Entrechtung aufregen sollten, stehen Polizei und Gendarmerie und das Schutzgesetz und die Gerichte be- reit. Jede einigermaßen bedeutende Versammlung wird überwacht. Jede Rede kann zu einer Anklage führen. Wer ist in diesem Staate noch vor gerichtlicher Verfolgung wegen seiner politischen Tätigkeit sicher, wenn sogar Abgeordnete wegen parlamentarischer Obstruktion vor das Gericht gestellt werden können? Die Strafen gegen die angeklagten kommu- nistischen Abgeordneten sind ja milder ausgefallen, als man befürchtete, weil die Richter offenbar den deutschen Wind, den ihnen die Parliamentsmehrheit mit der Austlieferung der kommunistischen Abgeordneten gab, nicht sehen wollten, aber daß es zu diesem Prozeß kam, ist das Beschämende! Eine Regierungspartei, die tschechisch-lerikale Volks- partei, war es, die den Wunsch nach Anklageer- hebung aussprach, und freudig willfährte ihr der Staats- anwalt. Man wollte ein Exempel statuieren, ein für allemal der Opposition die Lust zur Obstruktion austreiben. Denn man erhoffte, daß die Abgeordneten auch des Wahlrechts und des Mandats verlustig gehen würden. Aber da sich der An- griff der Angeklagten hauptsächlich gegen den Referenten in jener stürmischen Sitzung gerichtet hatte und dieser vom „Schutzgesetz“ nicht ausdrücklich zu den besonders geheiligten Personen gezählt wird, konnte das Gericht milder urteilen als die Urheber dieses Prozesses erwarteten. Nun soll für zukünftige Fälle Vorlage getroffen werden durch eine ent- sprechende „Reform“ des Schutzgesetzes.

Einer solchen Wehrheit ist es schon zuzutragen, daß sie ernstlich mit dem Plane umgeht, die kommunistische Partei zu verbieten. Diese sehr bestimmte austretende Nachricht ist demontiert worden. Aber am guten Willen der Bürgermehrheit ist deshalb doch nicht zu zweifeln. Solche Gerüchte pflegen gemächlich den Tatsachen voranzuziehen,

Vor der großen Sitzung.

Die Duvertüre zum Festspiel.

Die Duvertüre, die die Presse zur heutigen Eröffnungs- vorstellung im Reichstag anstimmt, ist allermodernste Musik. Sie besteht aus lauter Dissonanzen.

Die „Deutsche Zeitung“ geht gegen Stresemann mit Ent- hüllungen vor. Sie berichtet über Ausführungen, die der Außenminister bei einem Tee der ausländischen Presse ge- macht habe:

Die Wehrheit der Deutschnationalen sei jetzt des Kampfes gegen die Republik müde und stelle sich auf den Boden der Verfassung. Sie hätten einsehen, daß der Kampf gegen den Vertrag von Locarno ein Unsinns war, und es sei zu wünschen, daß sie sich von solchen „Exaltados“ wie Freitagsh. Voringhopen, Ever- ling und Gof. frei machten. Es werde notwendig sein, die Deutsch- nationalen bei ihrem Eintritt in das Kabinett sehr stark zu binden.

Stresemann verglich den Zustand der Deutschnationalen mit dem eines Straßenbahnfahrers, der aus einem Wagen ausgefliegen sei, um einer Entgleisung vorzubeugen, nun aber schleunigst wieder einsteigen müsse, wenn er nicht endgültig stehen bleiben wolle. Man könne aber versichert sein, sie würden die Fahr- tarife bezahlen müssen, wie es der Schaffner ver- lange. Entweder verhielten sie sich ruhig — wie der Schaffner dies wünsche — andernfalls brauche man sich auch keine Sorge zu machen, er werde schon dafür sorgen, daß sie keine Dummheiten machten.

Durch Hindenburgs Wobt sei die Republik überhaupt erst gesellschaftsfähig geworden, das habe sich überall gezeigt; er habe seine Wähler enttäuscht. Die Veränderung in der Auffassung der Deutschnationalen sei fernerhin durch das Verhalten der In- dustrie bedingt worden, durch den Abschluß der Kartellverträge mit Frankreich und ähnliches. Die Deutschnationalen könnten da- nach internationale Abmachungen nicht mehr gut als Pazifismus und Anochenemigung hinstellen. Dazu käme die Stimmung in der Landwirtschaft, der es wirklich sehr schlecht ginge. Die Leute im Reichslandbund seien auf die Deutschnationalen schlecht zu sprechen, weil diese seinerzeit aus der Regierung ausgetreten seien. Die Landleute erklärten, die Außenpolitik ginge sie nichts an.

Der „Reichsbole“, das deutschnationale Postbotenblatt, will auch jetzt nicht von einem Bein aufs andere treten. Klare Entscheidung sei notwendig. In einem Aufsatz über die Rechtsverbände, der aber nicht nur diese betrifft, schreibt er:

Auf der einen Seite werden zwar Revolution wie Parlamen- tarismus aufs schärfste verurteilt, aber die übelste Frucht der Revo-

aber sie sind — in der Tschechoslowakei wenigstens — selten ganz unbegründet. Die kommunistische Partei muß ja nicht gerade verboten werden, — es würde genügen, ihre Sekretariate zu sperren, ihre Blätter auf Grund des Schutzgesetzes auf längere Zeit zu verbieten, ihre Versammlungen unmöglich zu machen. Damit wäre der Boden des Gesetzes, der Boden der Demokratie, wie man sie in diesem Staate versteht, noch nicht verlassen. Jedenfalls ist die bürgerliche Mehrheit fest entschlossen, von ihren Machtmitteln Gebrauch zu machen, — von jenen Machtmitteln, die sie von der allnationalen Koalition übernahm — um ihre Herrschaft zu behaupten.

Dieses Bürgertum hat es nicht vergessen, daß es einmal eine Zeit gab, da es sich vor den Arbeitern fürchtete, da es die Schaffung sozialpolitischer Gesetze dulden mußte und in ohnmächtiger Wut sah, wie die Proletarier selbstbewußt geworden waren. Nun, da ihm der tragische Wahlirrtum vieler Arbeiter die Macht in die Hände gespielt hat und es diese Macht so trefflich zur Erzielung großer materieller Gewinne und zur Zurückdrängung der Arbeiter auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens der Arbeiter zu nutzen verstand, nun will es von dieser Macht nicht mehr lassen. Es wird nicht den Faschismus aufrichten, — o nein, es wird die Fassade der Demokratie behalten, aber es wird hinter dieser Verhüllung seine Diktatur aufzubauen versuchen. Die Kommunisten arbeiten mit ihrer dummen Verhöhnung der Demokratie, mit ihrer Heße gegen den Parlamentarismus dem Bürgertum in die Hände. Nichts kann der Bourgeoisie lieber sein, als daß auch einem Teil des Proletariats die Demokratie als völlig wertlos erscheint, — und käme es auf die Kommunisten an, böte nicht die Sozialdemokratie ihre ganze Widerstandskraft auf, so hätte das Bürgertum wahrlich leichtes Spiel.

Fremd und mit Mißtrauen!

Dr. Wirth und die Bürgerblockregierung.

In dem neuesten Heft seiner „Deutschen Republik“ schreibt Dr. Joseph Wirth über die Bürgerblockregierung:

Allen Zweideutigkeit gegenüber stehen wir auf der Wacht. Wir ringen mit der Idee der bürgerlichen Koalition und streiten gegen den Bürgerblock, der sich trotz aller Abschwörungen doch herausströmlinieren will. Das Ringen um staatspolitische und politische Form unseres parlamentarischen Lebens beginnt im Zentrum aufs neue!

Meine Freunde müssen es begreifen, daß mein Verhalten dieser Regierung gegenüber nicht nur Distanzierung, nicht nur abwartende Stellungnahme ist. Ich sehe ihr fremd und mit Mißtrauen gegenüber.

Mit einem offenen Ignorismus will man unter dem falschen Schlagwort einer „staatsbürgerlichen Regierung“ anderen lebendigen Volksgenossen das Staatsbürgerliche absprechen. Man spottet über die, die die Politik der Mitte unter lebendiger Führung mit der Linken getrieben haben. Man spricht sogar vom „unsauberen Spiel einer angeblichen Koalition der Mitte“ und man meint unter dem Schlagwort „gegen den Marxismus“ das politische Bindemittel mit rechts gefunden zu haben. Die Gemeinbürgerlichkeit der Parteien gegen den internationalen Klassenkampf sei das erlösende Wort, das sei die große staatspolitische Parole. Ich lehne eine solche Einstellung nicht nur grundsätzlich ab, sondern gehe dagegen an, wie ich es immer getan habe ohne Rücksicht auf persönliches Behagen oder persönliche Stellung, ja sogar auf die Gefahr hin, daß alle Freundschaft darüber zerbricht und zerfallen sollte. Höher, als jedes nur ein Parteimäßiges steht für mich das politische Ziel, die große Schar der werktätigen Republikaner in Stadt und Land erneut aufzurufen, um sie bei gegebener Gelegenheit dem Staat der Gegenwart, der Hoffnung von morgen, um sie dem Staate des Volkes, der deutschen Republik, als positive Kräfte zuzuführen. Die Rechte hat uns die Hoffnung nicht gegeben. Sie hat uns enttäuscht.

„Miß Germany.“

Von Jodoi.

Unsere Vertreter im Ausland, die deutschen Konsuln, haben so ihre Sorgen. Man soll dabei nicht denken, daß sie nur so ein bösen Politik zu tätigen haben. Daran wäre ja nichts. Das ginge ja rasch von der Hand. Das ließe sich ja so nebenher erledigen. Aber dann treten doch auch die ersten Dinge des Lebens an sie heran, die verantwortungsbewussten, die mit der Tragweite.

Beispielsweise hat sich zu Galveston in Texas ein Unternehmer an das dortige deutsche Konsulat gewandt und es von seinem Plan unterrichtet, nächsten eine Weltsehenskonkurrenz zu veranstalten. Verschiedene europäische Länder hätten sich schon bereit erklärt, Repräsentantinnen zu entsenden, die Zusage Deutschlands siehe aber noch aus. Ob nicht das Konsulat eine Institution daheim für die Auswahl der schönsten Frau interessieren könnte?

Nun, die Lösung des Problems legte keinerlei politisches oder kulturelles Verständnis voraus, weshalb dem deutschen Konsul selbstverständlich sofort der Name Hugenberg einfiel, an dessen „Nachausgabe“, als an das kompetenteste Organ für Revue-, sensationelle Wirt- und halbweltläufigen er sich denn auch umgehend mit der Bitte wandte, ihm doch eine besonders liebliche Dame mit „guter Reputation“ namhaft zu machen. Blüschtrübend berichten Hugenbergs nun von dem Heil, das ihnen widerfahren ist, in Fettdruck erröten sie über die Ehre, die das deutsche Konsulat in Texas ihnen zu teil werden ließ. Aber ja doch, aber gewiß doch sind sie gern erbdilig, deutsche Weltgeltung draußen zu steigern, Deutschlands Ehre und Ansehen über See zu kräftigen. Eine geschlagene halbe Seite widmen sie dieser Sache, die eine große für sie ist, und wenn es schon wahr sein mag, daß sie sich in politischen Fragen in negativer und verwerflicher Kritik verliert, so beweisen sie hier, daß sie doch auch positiv sein können und präventieren sogleich einen Namen: Hilde Zimmermann, die Berliner Winterkönigin, ist Hugenbergs Erwählte.

Früher hieß es gelegentlich, daß das Ausland uns keine Achtung und keine Freundschaft entgegenbringen könnte, denn was solle es von einem so erblichen Lande halten, das keine Waffen weggeworfen und seine Fahne vertauscht habe. Et nun behauptet uns das „sich dieser Angelegenheit warmstens annehmende“ deutsche Konsulat in Texas in seinem Brief an Hugenbergs Nachbarn, daß es von der deutschen Beteiligung an der Schönheitskonkurrenz „großen Einfluß auf das Publikum mit dem Endresultat einer deutschfreundlichen Gesinnung erwarte“. Das also ist! Das also macht! Die Winterkönigin ist eine bessere Waise, als die es waren, die auf dem Schlachtfeld verstorben, und ein Zippel ihres Unterrodes erweckt freundlichere Gesühle als die heilige Flagge Schwarzweißrot!

Hugenbergs und das deutsche Konsulat, die werden es schaffen. Nur nicht auslassen jetzt! Sie werden es dem niedergebroschenen, dem

Es kam ihr nicht darauf an, mit neuem Herzen zum Staat zu kommen, sondern sie wollte nur Recht. Diefem Rechtswillen aber setzen wir unseren entschlossenen republikanischen Willen entgegen. Unser Nein ist klar und eindeutig und unser Wille ungebogen.

In dem gleichen Heft der „Deutschen Republik“ setzt Dr. Haas von der Demokratischen Partei dem Bürgerblocksystem trotz der schillernden Richtlinien ein entschiedenes „Nein!“ entgegen.

Gestrichene Bekenntnisse.

Von 40 auf 15 Seiten.

Die Regierungserklärung des Bürgerblocks, die Reichstanzler Marx heute nachmittag im Reichstag verlesen wird, ist zur Stunde noch in der Schlußredaktion begriffen, die von einer Kommission des Kabinetts vorgenommen wird. Wie wir hören, hatte diese Erklärung ursprünglich einen Umfang von nicht weniger als 40 Schreibmaschinenseiten, hätte also zur Verlesung gute zwei Stunden gebraucht; sie ist aber inzwischen auf 15 Seiten zusammengestrichen worden, so daß sie in einer Dreiviertelstunde abgelesen sein wird.

Es wäre wertvoll, wenn der deutschnationalen Fraktionsredner der Öffentlichkeit mitteilen könnte, welche Stellen seine Ministerfreunde aus den 40 Seiten herausgestrichen haben!

Wo bleibt die Kundgebung der Konservativen?

Der engere Vorstand der Deutschkonservativen Partei war auf den 2. Februar einberufen worden, um zur erfolgten Regierungsbildung Stellung zu nehmen. Es sollte ein Aufruf an die Betreuer der Monarchie erlassen werden. Aber weder über ihre Tagung noch über ihre Beschlüsse ist auch nur das geringste verlautbart worden. Vergebens sucht man in der heutigen „Kreuz-Zeitung“, dem Sprachorgan der Konservativen, auch nur die leiseste Anspielung auf diese Zusammenkunft. Sollten etwa die konservativen Grundzüge auf dem Altar der deutschnationalen Futtertrippe geopfert worden sein? Oder soll die Veröffentlichung des beschlossenen Aufrufes bis nach der Regierungserklärung und nach der Schlußabstimmung im Reichstage zurückgestellt werden, um unliebsame Rückwirkungen zu vermeiden?

Für den Fall, daß die konservativen Deutschnationalen, zu denen bekanntlich auch der Führer der Gesamtfraktion, Graf Westarp, gehört, ihre Grundzüge vergessen haben sollten, wollen wir ihnen die Erklärung ins Gedächtnis rufen, die ihr jetzt Vorsitzender Graf Seidlitz-Sandreczki vor noch nicht ganz vier Wochen, nämlich am 7. Januar 1927, veröffentlicht hat:

In der Linkspresse wird die Vermutung verbreitet, als ob es möglich wäre, daß die DNVP, anlässlich der Regierungsbildung durch eine Erklärung die wesentlichsten ihrer Grundzüge, den monarchischen Gedanken und den Widerstand gegen die Erfüllungspolitik, preiszugeben sich bereit finden könnte. Ich halte einen derartigen Gesinnungswandel für unmöglich und darf namens der in diesem Zusammenhang erwarteten Deutsch-Konservativen Partei erklären, daß diese etwas derartiges keinesfalls mitmachen würde.

Dr. h. c. Graf Seidlitz-Sandreczki.

Ob es nun Graf Westarp fertigbringen wird, trotz dem für die Regierungserklärung zu stimmen, obwohl sie nach den bekannten „Richtlinien“ ein Bekenntnis zur republikanischen Verfassung und zur Völkereuropapolitik enthalten soll?

Was ist mit der Justiz?

Beratung im Haushaltsausschuß des Landtages.

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtages begann heute die Beratung des Justizetats. Als erster Redner erinnerte Abgeordneter Kuttner (Soz.) an die bereits früher in Sonderbesprechungen erlebigen großen Fälle Magdeburg, Landsberg und Jürgens. Die Freisprechung der völkischen Wähler Rednik-Berlin und Matiera-Breslau stellte er die Verurteilung des Reichsbannermanns Walter Marcus in Eiderfeld zu zwei Jahren Gefängnis wegen Totschlags gegen-

über. Marcus war von Stahlhelmern überfallen, zu Boden geworfen und mit Füßen bearbeitet worden und hatte in der Notwehr mit einem Messer um sich geschlagen. Noch immer werden Beleidigungen der Republik und der republikanischen Fahne mit durchschnittlich 100 Mark Geldstrafe geahndet. Der Redner fragte nach dem Fall Lüttich, der Zuerkennung der Pension und Aufwertung an den Postgeneral und erkundigte sich nach dem Stand des Disziplinarverfahrens gegen den Reichsminister Dr. Thiele, die Herren Bismarck und Schulze in Magdeburg und Amtsgerichtsrat Weinert in Wernigerode. In dem Prozeß gegen den Rechtsanwalt Müller in Blauen wegen Beleidigung Stresemanns sei wiederum zur Sprache gekommen, das Knoll und Bacmeister das Material gegen Stresemann von der Staatsanwaltschaft erhalten hätten. Zum Schluß protestierte der Redner energisch gegen die törichte Rede des Reichsgerichtspräsidenten Simons in München über die angebliche mangelnde Eignung von Sozialdemokraten zum Richteramt.

Staatssekretär Fröhe erkannte dankbar an, daß die Sozialdemokratie an Irrtümern der Rechtspflege objektive Kritik über die Unabhängigkeit der Richter sei in der Tat nur durch solche Richter gefährdet, die die Pflichten ihres Amtes nicht voll erfüllen. Der geforderten Oeffentlichkeit der Disziplinarverfahren gegen Richter stehe das preussische Justizministerium wohlwollend gegenüber.

Verleumde immun!

Kommunisten liefern Material gegen die Pressefreiheit.

Am 9. November 1926 arbeitete Genosse Kuttner in einer großen Magdeburger Parteiverammlung zum Gedächtnis der Revolution. Die kommunistische „Tribüne“, Magdeburg, nahm das zum Anlaß, um einen großen Schimpfartikel gegen den Referenten zu bringen, in dem eine Anzahl durch rechtskräftige Urteile widerlegte Verleumdungen aufgewärmt wurden. Verantwortlich gezeichnet war diese Nummer von dem Redakteur Ernst Grube, der als Mitglied des Preussischen Landtags den Schutz der Immunität genießt.

Vor der Versammlung erklärte Genosse Kuttner, er werde Grube gern Gelegenheit geben, vor Bericht den Beweis für seine Behauptungen anzutreten und erwarde, daß Grube selber die Aufhebung seiner Immunität zu diesem Zweck beantragen würde. Hierauf erwiderte Grube mit einem verschärften Schimpfartikel. Die Frage seiner Immunität umging er vorsichtigerweise.

Infolgedessen stellte Genosse Kuttner Strafantrag, und der Geschäftsordnungsausschuß des Preussischen Landtags hatte sich vor kurzem mit der Frage der Immunität Grubes zu beschäftigen. Wer nun aber glaubte, daß die Kommunisten mit beiden Händen die Gelegenheit ergreifen würden, um ihre Anschuldigungen zu beweisen, der hatte sich schwer getäuscht. Obwohl eine starke Strömung im Ausschuss hier einen zweifellosen Mißbrauch der Immunität für vorliegend erachtete, da es einem Abgeordneten nicht erlaubt sei, unter dem Schutze seiner Immunität fortgesetzt Verleumdungen zu wiederholen, kämpfte der Kommunist Biedl verzweifelt für die Aufrechterhaltung der Immunität seines Fraktionskollegen. Da ein Teil des Ausschusses aus prinzipiellen Gründen gleichfalls dafür eintrat, so wurde schließlich der Antrag auf Aufhebung der Immunität Grubes mit 9 gegen 6 Stimmen abgelehnt, wobei die beiden kommunistischen Stimmen den Ausschlag zugunsten Grubes gaben.

Bekanntlich liegt dem Reichstag ein Gesetzentwurf vor, der Abgeordneten verbietet, als verantwortliche Redakteure zu zeichnen. Wir halten diesen Gesetzentwurf als einen überflüssigen Versuch, ein Ausnahmengesetz gegen oppositionelle Parteien einzuschmuggeln. Das Recht, für ein Blatt verantwortlich zu zeichnen, sollte auch seinen Abgeordneten verweigert werden. Das steht allerdings voraus, daß der Abgeordnete das Recht nicht mißbraucht, um persönliche Ehrschändereien zu treiben und daß er selbst die Aufhebung der Immunität betreibt, wenn er wegen Angriffen auf die persönliche Ehre angeklagt wird. Durch ihr Verhalten liefern die Kommunisten denen wieder das Material, die jede Gelegenheit mit Bonne wahrnehmen, um bestehende Gesetze zu verschlechtern. Daß Abgeordnete wegen politischer Artikel nicht verfolgt werden dürfen, sollte allgemeine Anschauung sein. Daß sie ihre Immunität vor persönliche Verleumdungen stellen dürfen, wird dagegen von niemand verstanden, der nicht gerade zu den Kommunisten gehört.

von der Dames-Sonne ausgezeichnet Deutschland beweisen, daß „nicht verloren ist, was wir verloren haben“. Mit der alten Germania, der druckgepanzerten, ergriffenen, dem herrlichen Weib, ist die Sache freilich nicht zu schmeißen, aber die Winterkönigin wirds machen!

Einst war es der Wille der Hugenberge, daß unsere Söhne und Brüder die Welt eroberten. Damit war es nun nichts. Jetzt versuchen sie's halt mal mit unseren Schwestern und Töchtern. Beleiht, daß sich das rentiert.

Ein neuer Amerikaner. Amerika ist für den Film kein erst zu entdeckendes Land. Wir haben bereits eine ganze Reihe von Filmen, die mit den Wundern und Schönheiten der U. S. A. bekanntmachen wollen und speziell auch einen über New York. Aber der rechte Amerikaner hat uns doch noch gefehlt. Oberingenieur Dreger, dem wir bereits einen Amerikaner verdanken, hat uns jetzt ein anderes Amerika gezeigt: „Das schaffende Amerika“. Seine Vorführung in der Urania begleitete er mit einem Vortrag, der ebenso instruktiv wie der Film und zugleich mit einem fröhlichen Humor erfüllt war. Die Ueberfahrt auf einem Lloyd-Dampfer, die Unterhaltungen an Bord, Reeresstimmungen — das alles kennen wir. Aber den starken Pulsschlag des volkenträgenderen, des verkehrstintensiven, des in Massen schaffenden und denkenden Amerika hat uns keiner so fühlen lassen wie Dreger. Er sagt es nicht ausdrücklich, aber jeder muß es empfinden, der sieht, wie bei uns nach Nordwärts gebaut oder z. B. ein wichtiger Verkehrsweg wie die Hauptstraße in Schöneberg neu gepflastert wird, in welchem rüstigen Kontinent wir leben. In Amerika arbeiten 30 500 Mann an einem Volkenträger, der wahrscheinlich schon in der gleichen Zeit zur Hälfte bewohnt ist, ehe man bei uns die 37 bürokratischen Instanzen passiert hat. Eine einzige Maschine reißt drüber das Straßenpflaster auf, packt es ins Auto und macht dann Platz für eine andere, die die neue Straßenbede gießt.

Sehr geschickt gemachte Triebzeichnungen zeigen, wie der Verkehr geregelt und wie fürs Publikum gefordert wird. Und was für ein Verkehr! In Amerika verunglückt niemand beim Auf- und Absteigen von der Tram, weil diese sofort das Trittbrett einzieht und die Tür schließt, wenn sie zu fahren beginnt. Man sieht, wie drüben der Häuserbau präzisiert wird: man kauft sein Haus auf Abzahlung fertig nach Katalog. Der Kapitalismus hat alle Bedürfnisse uniformiert und befriedigt sie jetzt durch Massenproduktion. Bitte: ein Wohnhaus für 1500 Familien mit allem Komfort (Niedrigpreiswohnung etc.). Oder: ein Versandwarenhause, das 50 Millionen Kataloge so dick wie das Berliner Dreßbuch verfährt. Kurzum: hierzulande redet man vom Zeitalter der Technik, drüben schafft man es.

Veranstaltungen des Welttheaters. Die beiden Vorsitzenden der Deutschen Bühnengenossenschaft, Mikelt und Wollauer, haben sich einige Tage in Paris aufgehalten, um Fühlung mit der Vereinigung der französischen Schauspieler und mit den Leitern des Welttheaters, namentlich mit Firmin Gemier zu nehmen. Im Verlaufe dieser Verhandlungen wurde die Frage, Ende Mai in Paris

internationale Festspiele unter Beteiligung von Deutschland, Frankreich, England und Rußland zu veranstalten, des näheren erörtert. Die Vorsitzenden der Deutschen Bühnengenossenschaft haben sich in Paris darüber unterrichtet, in welcher Weise Deutschland sich an dieser ersten internationalen theatralischen Rundgebung beteiligen kann. Wie es heißt, besteht der Plan, daß die deutschen Künstler bei der Veranstaltung als Abschluß deutsche Stücke spielen sollen, und zwar sollen für diese Mustervorstellungen in Frage kommen das Deutsche Theater in Berlin unter der Leitung von Max Reinhardt, die Städtische Oper in Berlin unter Leitung von Bruno Walter und das Dresdener Staatliche Schauspielhaus. Auch wird von der Veranstaltung einer Mozart-Woche im Anschluß an diese Festspiele gesprochen.

Ein Haus der ausländischen Akademiker in Berlin. Um den in Berlin studierenden fast 200 Ausländern ein Heim zu bieten, in dem sie mit deutschen Kommilitonen zusammentreffen, ihre landesmannschaftlichen Zusammenkünfte abhalten, ihre Wohnungen einnehmen und ihre Freizeit verbringen können, wird Anfang Februar im Berliner Westen das „Alexander-von-Humboldt-Haus“ in Betrieb genommen werden. Den Besuchern des Hauses stehen ein Les- und Schreibraum mit mehr als 100 Zeitungen und Zeitschriften, eine Reihe von Gesellschaftsräumen, ein Speisesaal und im Sommer ein großer Garten mit Veranda zur Verfügung. Ein vom Roten Kreuz geleiteter Küchenbetrieb sorgt für gute Verpflegung der Gäste. Der Deutsch-Ausländische Akademiker-Club wird seine gesellschaftlichen Veranstaltungen in dem neuen Heim abhalten. Die für die Unterhaltung des Hauses erforderlichen Mittel werden zum Teil von den ausländischen Studierenden selbst aufgebracht.

Lebensverlängerung der Zeitungen. Die Geschäftsleitung der „New York Times“ hat beschlossen, nunmehr wieder eine beschränkte Anzahl von Exemplaren ihrer täglichen Ausgabe auf holzfreies Papier zu drucken. Diese Exemplare sind für die öffentlichen Bibliotheken, für wissenschaftlich-historische Zwecke und alle jene Institutionen bestimmt, die in ihren Archiven eine Tageszeitung dauernd aufzubewahren wünschen. Damit wird die „New York Times“ seit dem Bürgerkrieg zum erstenmal wieder auf holzfreiem Papier erscheinen.

„Diese Rückkehr zu einer dauerhaften Ausgabe“, so stellt der Londoner „Observer“ fest, „ist durch den Zerlegungsprozeß notwendig geworden, dem die Zeitungen bei der Aufbewahrung ausgesetzt sind. So ist z. B. festzustellen, daß bereits jetzt die gebundenen Exemplare der Zeitungen aus den Kriegsjahren 1914 bis 1918 verfallen und bald völlig unleserlich sein werden, während auf der anderen Seite Zeitungen, die vor 150 Jahren gedruckt worden sind, noch völlig leserlich sind.“

Gleichzeitig mit dieser Meldung bringen die englischen Zeitungen die Nachricht, daß Sanjestralsand die hauptsächlichsten Zeitungen aus den Revolutionsjahren 1917 bis 1920 neu drucken will, da die vorhandenen Exemplare infolge des schlechten Materials, das zu ihrer Herstellung verwendet werden mußte, völlig unleserlich geworden sind.

Verleumdungen. Der für Montag angekündigte Vortragabend von Franz Kalk und Carl Ludwig Kalk muß verschoben werden. Die Eintrittskarten werden zurückgenommen.

Unschuldig hingerichtet?

In Mecklenburg wird eine Todesstrafe vollzogen, obgleich der Judizienbeweis lückenhaft ist.

Am März 1925 wurde der russische Staatsangehörige Joseph Jakobowski vom Schwurgericht Neustrelitz wegen Mordes an seinem unehelichen Kinde Erwald Rogens zum Tode verurteilt. Die vom Verteidiger eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht verworfen. Das Gesuch um Begnadigung wurde von der mecklenburgischen Regierung abschlägig beschieden. Der Verurteilte wurde am 15. Februar 1926 hingerichtet. Der Verurteilte hat seine Unschuld bis zum letzten Augenblick beteuert. Seine Verurteilung erfolgte auf Grund eines sogenannten Indizienbeweises.

Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde: In Pallingen, einem Bauerndorf in der Heide, im Lande Rügen, verschwindet im November des Jahres 1924 der vier Jahre alte uneheliche Sohn des Verurteilten Jakobowski und wird wenige Wochen später von einem Arbeiter in der Heide in einem Rinnechen tot aufgefunden. Der Obduktionsbefund ergibt, daß das Kind erdrosselt wurde. Der Verdacht lenkt sich alsbald auf den Verurteilten, der trotz seiner Unschuldsbeteuerungen als des Mordes an seinem unehelichen Kinde für überführt erachtet wurde. Die Verurteilung gründet sich einmal darauf, daß Jakobowski über die Zeit des Verschwindens seines Kindes widersprüchliche Angaben gemacht habe. Jakobowski hatte in der Verhandlung vor dem Schwurgericht gebeten, ihm einen Dolmetscher zu stellen, damit er sich verständlich machen könne. Diese Bitte wurde vom Vorsitzenden abgelehnt. Tatsächlich sprach der Verurteilte zwar deutsch, aber so gebrochen, daß die Möglichkeit eines Mißverständnisses keineswegs ausgeschlossen ist. Eine wesentliche Rolle in der Verhandlung spielte der Nachweis des Alibis. Von der Bevölkerung aus wurde der Verdacht auf ein Individuum gelenkt, das nach seinem ganzen Vorleben weit eher als Täter in Frage kam als Jakobowski. Als dieser Verdächtige aufgefunden war, anzugeben, wo er sich an dem Mordtage in der fraglichen Zeit aufgehalten habe, erklärte der Vorsitzende leichtsin, daß man auf Zeitangaben auf dem Lande nicht viel geben könne. Dem Angeklagten indessen wurde es zum Verhängnis, daß er nicht anzugeben vermochte, wo er sich in der fraglichen halben Stunde aufgehalten habe. Der Hauptbelastungszeuge war ein Schwachsinniger, der nicht einmal in der Lage war, sein Alter anzugeben, und den das Gericht wegen Verstandeschwäche nicht zu vererdigen vermochte. Allein dieser Zeuge hatte bezeugt, daß er den Angeklagten an dem fraglichen Tage mit seinem Kinde in der Richtung auf die Heide habe zugehen sehen. Dieser Zeuge ist inzwischen vollständiger Geisteskrankheit verfallen und befindet sich in der Irrenanstalt.

Noch niemals, so muß zur Ehre der deutschen Justiz gesagt werden, ist ein Mensch auf Grund eines so schwachen und teilweise haltlosen Indizienbeweises zum Tode verurteilt worden. Keine Freistellung findet sich im Urteil, aber man kann sagen, daß sie als Beweis für die Täterschaft gewertet werden könnte. Nichts als allgemeine Erwägungen, nichts als Anhaltspunkte, die genau so auf jeden anderen Täter hätten zutreffen können. Man bedenke, daß man diesem Menschen die Zuziehung eines Dolmetschers verweigert hat, in einem Falle, in dem es um Leben oder Tod ging, und daß man dann seine widersprüchlichen Angaben als Indizien gegen ihn verwertet hat. Ob Jakobowski tatsächlich unschuldig hingerichtet worden ist, kann mit Sicherheit noch nicht gesagt werden.

Das im Auftrage der Deutschen Liga für Menschenrechte von dem Berliner Rechtsanwalt Dr. Arthur Brandt betriebene Wiederaufnahmeverfahren wird darüber Klarheit schaffen. Schon die Vorstellung, daß hier ein Mensch wegen eines Mordes an seinem Kinde hingerichtet worden ist, den er nicht begangen hat, ist zu grauenvoll und zu erschütternd, als daß man sich mit dieser Vorstellung überhaupt beschäftigen könnte. Eines aber ist nicht wegzuleugnen: daß hier ein Mensch, der bis zum letzten Augenblick seine Unschuld beteuert hat, von dessen Unschuld nahezu die gesamte Bevölkerung und alle die Personen, die mit ihm in Berührung kamen (mit Ausnahme der Richter), fest überzeugt waren, auf Grund eines Indizienbeweises zum Tode verurteilt worden ist, der in den Annalen der deutschen Justiz wohl einzig dastehen dürfte; und es ist nicht wegzuleugnen, daß gerade dieser Mann in einer Zeit, in der kaum ein Todesurteil mehr vollstreckt zu werden pflegt, auch hingerichtet worden ist, obwohl die mecklenburgische Regierung nur einen Blick in die Urteilsgründe zu tun brauchte, um die Lückenhaftigkeit dieses „Indizienbeweises“ zu erkennen.

Karl Grohmann,

Sekretär der Deutschen Liga für Menschenrechte e. V.

Englands Verhandlungsbereitschaft.

Die abgelehnten Vorschläge.

London, 3. Februar. (Reuter.) Die von England den beiden chinesischen Regierungen überwiesenen Vorschläge enthalten folgende Grundzüge: 1. Die englische Regierung ist bereit, die Zuständigkeit moderner chinesischer Gerichtshöfe für alle Zivilklagen anzuerkennen, die durch oder gegen britische Staatsangehörige anhängig gemacht werden, und gleichzeitig auf das Recht zu verzichten, einen britischen Vertreter zu den betreffenden Verhandlungen zu entsenden. 2. Die englische Regierung ist bereit, ein auf vernünftigen Grundätzen aufgebautes Gesetz über die chinesische Staatsangehörigkeit als rechtsgültig anzuerkennen. 3. Die englische Regierung ist bereit, in britischen Gerichtshöfen, die in China amülieren, soweit praktisch durchführbar, ein modernes chinesisches bürgerliches und Handels-gesetzbuch (mit Ausnahme der gesetzlichen Bestimmungen über das Prozeßverfahren) zur Anwendung zu bringen. 4. Die englische Regierung ist bereit, die britischen Staatsuntertanen in China zur Zahlung solcher Steuern zu verpflichten, wie sie in ganz China für chinesische Staatsbürger auferlegt und von ihnen tatsächlich bezahlt werden, unter der Voraussetzung, daß diese Steuern keine Sonderbesteuerung britischer Staatsangehöriger oder britischer Waren darstellen. 5. Die Regierung ist bereit, sobald ein revidiertes chinesisches Strafgesetzbuch zur rechtskräftigen Veröffentlichung gelangt, und in chinesischen Gerichtshöfen in Anwendung gebracht wird, die Anwendung dieses Strafgesetzbuches auch in den britischen Gerichtshöfen, die in China amülieren, in Betracht zu ziehen. 6. Die englische Regierung ist bereit, unter Berücksichtigung der besonderen Umstände in jedem der hierbei in Betracht kommenden Höfen in Verhandlungen über eine Abänderung der Gemeindeverwaltung der britischen Konzessionen einzutreten und darüber Vereinbarungen abzuschließen, mit dem Ziel, die Gemeindeforderungen der betreffenden Konzessionen in Übereinstimmung mit den chinesischen Bestimmungen zu bringen, die in frühere Konzessionsgebieten geschaffen worden sind, oder auch ihre Verschmelzung mit früheren, nunmehr unter chinesischer Verwaltung stehenden Konzessionsgebieten herbeizuführen oder mit dem Ziel der Übertragung der Polizeibefugnisse in den Konzessionsgebieten an die chinesischen Behörden. 7. Die Regierung ist bereit, dem Grundloß zuzustimmen, daß englische Missionare in Zukunft nicht mehr Anspruch auf das Recht zu Land-erwerbungen im Innern Chinas erheben dürfen, sowie, daß von den Missionen beehrte Chinesen für ihren persönlichen Schutz auf die chinesischen Gesetze und nicht mehr auf die Verträge mit dem Auslande verweisen werden sollen.

Das unsympathische Symbol.



In den Flammenmasten der Ausstellungshalle zur „Grünen Woche“ des Brandenburgischen Landtages weht das schwarz-rot-goldene Banner von Weimar. Und selbst der Gutsbesitzer von Brüsewitz bemerkte es und fragte: „Was sind denn das für komische Farben da oben auf der Fahne? Habe das nie in meinem Leben gesehen!“ „Das sind die Farben der Republik“, erklärte ihm ein Berliner. „Richtig, richtig“, sagte Brüsewitz. „Wir haben ja jetzt eine Republik. Na, davon merkt man gar nichts bei mir zu Hause nicht viel.“

Nun, von der deutschen Republik und ihren Symbolen hat man gestern in den Festräumen der Alten Automobil-Ausstellungshalle am Kaiserdamm, in der sich unter verstärktem Mikrophonklang das „Fest des märkischen Vandoos“ abspielte, gleichfalls nicht viel über, sein wir ehrlich, rein gar nichts bemerkt. Dafür aber hörten wir eine Linxah-braver alt-preußischer Märsche, die von uniformierten Jünglingen

mehr oder weniger taktlos vorgetragen wurden, und wir sahen turnerische Übungen, die wenig mit Sport zu tun hatten, statt dessen aber um so mehr an das populäre Augen- und Handrollen auf den weiland Kasernehöfen Seiner Majestät erinnerten. Und weiterhin fiel die Tatsache ins Auge, daß sich unter dem märkischen Vandoos das Monocle- oder Einglastragen ganz ausnehmender Beliebtheit erfreuen muß. Der Veitnanz von dunne-mals steht eben noch immer in den Knochen, und man markiert ihn, selbst wenn man damals, als es noch wirkliche echte königliche preussische Veitnants gab, noch kurze Hosen getragen hat. Anerkannt freilich soll werden, daß wir wirklich schöne Volkstänze und einen wohlgelungenen Erntezug gesehen haben. Und soviel ist sicher: Das märkische Vandoos hat sich, laut und lebhaft, wie es nun einmal bei festlichen Anlässen zu sein pflegt, ausgezeichnet amüsiert, was man allerdings von der Mehrzahl der anwesenden Berliner nicht eben behaupten kann.

„Berlin muß volkstümlich werden!“

Die vom Bezirksamt Berlin-Mitte veranstaltete Vortragsreihe „Berlin in Wort, Bild und Lied“ kommt dem lebhaften Verlangen vieler Berliner, über Berlin und Berlinertum belehrt zu werden, in dankenswerter Weise entgegen. Auf's neue zeigte sich das an dem dritten Vortragsabend, der wieder eine so große Zahl von Freunden Berlins nach dem Bürgeraal des Rathauses gelockt hatte, daß wegen Ueberfüllung viele keinen Einlaß mehr erhalten konnten. Unter den Gästen war auch Oberbürgermeister Böh, dessen Begrüßung durch den Vortragenden von der Zuhörerschaft mit Beifall begleitet wurde.

„Berlin muß volkstümlich werden!“ sagte Dr. Franz Lederer in seinem Vortrag über „Berliner Humor der Biedermeierzeit“. Was er an Proben davon bot, war in hohem Maße geeignet, für Berlin zu werden. Mancher Berliner unserer Tage mag sich darüber wundern, wie sehr vor hundert Jahren der Berliner Wit und Humor nach des „Gepfefferten“ entbehre. In diesem Punkt waren die Berliner von damals noch ziemlich anspruchslos, aber dafür ließ ihre Schlagfertigkeit nichts zu wünschen übrig. Dr. Lederer brachte Proben aus der Volksdichtung und aus der Kunstdichtung, aus Heine und Gutzkow, aus Julius v. Boh (Strahlower Fährzug) und Karl v. Holtei, aus Angel (Fest der Handwerker) und Glockrenner (Edensteeher Rante), aus dem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufblühenden Berliner Volksthum, das in Karl Heimverding und Anna Schramm seine beliebtesten Darsteller gefunden hat. In der Wiedergabe wichtiger und humorvoller Dichtungen bewährte Dr. Lederer sich als Kenner des Berlinertums. Die Zuhörer lachten Tränen. Für die Gesangs-vorträge ernteten Charlotte Freyer und Alexander Fleßburg reichlichen Beifall.

Dieser heitere Abend hatte starken Erfolg bei der angetroffenen Zuhörerschaft und war für das vielgelächerte Berlin ein rechter Werbeabend. Die Veranstaltung schloß fröhlich mit einem Kompliment für die Berliner, mit dem von Freyer und Fleßburg gesprochenen alten Coupletters:

„Und nennt man uns auch schönheitsarm trotz märk'schem Wald und See,
So schlägt das Herz doch doppelt warm am grünen Strand der Spree.“

Kommunistische Kampfmethoden.

Aus dem Kreis Lettow wird uns geschrieben: Vor längerer Zeit ist an dieser Stelle schon einmal auf kommunistische Schwindelmeldungen über die Verhältnisse im Kreise hingewiesen worden. Diese Notiz hatte den Schreiber der Berichte in der Provinzialausgabe der „Roten Fahne“ ganz aus dem Häuschen gebracht. Als Vorsitzender der kommunistischen Kreisorganisation und Angestellter der russischen Handelsgesellschaft in Berlin übte er sich jedoch verpflichtet, sein Licht auch weiterhin leuchten zu lassen. Es versteht sich von selbst, daß die Beschimpfungen und Verleumdungen nicht der Reaktion, sondern in erster Linie der Sozialdemokratie galten. Alles Mögliche und Unmögliche mußte herhalten, um die kommunistischen Helfer von der alleinigmachenden bolschewistischen Lehre zu überzeugen. Zu wiederholten Malen wurden die höchsten Töne über den „unaushaltbaren kommunistischen Vor-marsch“ im Kreis Lettow angeläutet und das allmähliche Absterben unserer Parteiorganisationen prophezeit. Unsere Parteigenossen nahmen zwar den Rund nicht so voll, arbeiteten aber praktisch für die Arbeiterschaft des Kreises. Von den kommunistischen Parteimitgliedern sind schon verschiedene abgetrennt, während unsere Parteiorganisationen einen erfreulichen Aufstieg zu verzeichnen haben. Seither ist auch der Berichterstatter der „Roten Fahne“ etwas schweigsamer geworden. Nachdem er selbst für ein kleines Wohnhaus die staatliche Hauszinssteuer in Anspruch genommen hat, erhebt er auch nicht mehr gegen den parteigenösslichen Gemeindevorsteher den Vorwurf der „unberechtigten Benützung“ eines Zuschusses aus den Erträgen der Hauszinssteuer. Es wird dem

ehrenwerten Kommunisten sicher unangenehm sein, daran erinnert zu werden. Aus alledem ergibt sich die ganze Ziellostigkeit der kommunistischen Politik. Daher bedarf es nur weiterer Arbeit unserer Parteigenossen, um das kommunistische Hauslein immer mehr zusammenzuschmelzen zu lassen.

Ein falscher Dr. jur.

Mit 55 000 Mark durchgebrannt.

Nach Unterschlagung von 55 000 Mark ist ein 28 Jahre alter aus Minden in Westfalen gebürtiger angeblicher „Dr. Wilhelm Haffe“, der in einem hiesigen großen Betriebe angestellt war und in der Kaiser-Allee 70 zu Friedenau wohnte, flüchtig geworden. Haffe hatte der Betriebsleitung vorgespiegelt, daß er u. a. auch in Berlin die Rechte studiert und den Doktor erworben habe. Seit geraumer Zeit bettelte er eine Vertrauensstellung. Am vergangenen Sonntag verließ er mit Gepäc seine Wohnung und gab an, daß er zur Beerdigung einer Tante verreisen müsse. Eine Nachprüfung in dem Betrieb ergab jetzt, daß er schon seit längerer Zeit Unterschlagungen begangen und sie durch Bücher-fälschungen verdeckt hatte. Nach einem neuen Griff in die Kasse war er verschwunden. Die Veruntreuungen beliefen sich auf 55 000 Mark. Die Schöneberger Kriminalpolizei stellte fest, daß der Flüchtige in Berlin gar nicht studiert hat und den Doktoritel zu Unrecht führte. Sie ermittelte weiter, daß Haffe unter dem falschen Namen „Karl Ritter“ und „Karl Helmich“ bei zwei hiesigen Banken ein Konto hatte. In beiden Stellen hat er seine Guthaben abgehoben. Es wird vermutet, daß sich Haffe unter einem falschen Namen in der Provinz aufhält, es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß er sich, wieder auf einen falschen Namen, einen Auslandspaß beschafft hat. Auf seine Ergreifung und die Wiederbeschaffung des Geldes ist eine Belohnung von 10 Tausend der herbeigeschafften Summe ausgesetzt. Der Flüchtige ist kaum mittelgroß, hat ein rundes blaßes Gesicht, dunkles geschütteltes Haar, ein kleines Schnurrbart und als besonderes Kennzeichen an der linken Halsseite eine drei Zentimeter lange Narbe, die wahrscheinlich von einer Wundoperation herrührt. Mitteilungen über sein Auftauchen an den 2. Bezirk der Kriminalinspektion Schöneberg.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, San Berlin veranstaltet am Donnerstag, den 3. Februar, abends 8 Uhr, in Schöneberg, Schloßbrauerei, Hauptstr. 122, eine öffentliche Kundgebung. Redner: Kamerad Eugen Stein. Kriegsveteran, erkrankt in Wallen!

Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich heute mittag gegen 12 Uhr am Halle'schen Tor. Eine Kraftdroschke geriet auf dem schlüpfrigen Asphalt ins Schleudern. Der Fahrer verlor die Gewalt über die Steuerung und raste auf den Bürgersteig. Zwei Vorübergehende wurden hierbei überfahren. Der 34jährige Arbeiter Gustav L. aus der Lübbener Str. 19 und die 76jährige Rentnerin Gustav L. aus der Brandenburgstr. 5 erlitten erhebliche Verletzungen und mußten zur hoheliegenden Rettungsstelle 8 gebracht werden, wo ihnen Notverbände angelegt wurden. Die Schuttdroschke konnte nicht gefährt werden.

Töbliche Schüsse in der Notwehr.

Gelsenkirchen, 3. Februar. (W.B.) Das Polizeipräsidium teilt mit: Am Mittwoch abend gegen 10 Uhr wurden zwei Polizeibeamte in Rotthausen aus einer Wirtschaft zur Hilfe gerufen, wo eine große Anzahl von Personen den Wirt bedrohte. Die beiden Beamten wurden hart bedrängt und ihnen die Seitengewichte und Gummiknüppel entziffen. In großer Not machten sie von der Schußwaffe Gebrauch. Dadurch wurden zwei Personen getötet und eine schwer verletzt. Mehrere Personen wurden verwundet.

Frankreich zur Ratifizierung bereit.

Sobald Deutschland und England ratifizieren.

Paris, 3. Februar. Auf Vorschlag des Arbeitsministers... im Einverständnis mit der Regierung hat gestern die Handelskommission des Senats den Entwurf über das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag angenommen, aber gleichzeitig ein Gesetz verabschiedet, das vor der Einführung des Abkommens in Frankreich dessen Ratifizierung durch Deutschland und England fordert.

Die „Veredelung“ der Arbeitsämter.

Wie sich das Wohlfahrtsministerium streckt.

Das Preussische Wohlfahrtsministerium trägt sich mit hochstehenden Plänen. Es will die Arbeitsvermittlung sozusagen veredeln. Diese „Veredelung“ sieht das Preussische Wohlfahrtsministerium so an, daß es die Arbeitsämter der Wohlfahrtsfürsorge angliedert und daß als Arbeitsvermittler nur solche zugelassen werden sollen, die eine „höhere Schulbildung“ abgelesen, eine dreijährige theoretische Ausbildungszeit durchgemacht und — nach einjähriger praktischer Tätigkeit — eine Prüfung bestanden haben. Also sozusagen Doktoren der Arbeitsvermittlung will das Preussische Wohlfahrtsministerium züchten.

Ganz abgesehen von den Arbeitslosen dürften die Unternehmer die Arbeiterorganisationen sich die Tätigkeit der Arbeitsvermittler wohl anders vorstellen. Bei dem Arbeitsvermittler kommt es vor allen Dingen darauf an, daß er aus der Praxis kommt und für die Praxis tätig ist. Nur so wird er nicht nur den richtigen Ton finden, sondern auch das nötige Geschick und den notwendigen Blick für seine Tätigkeit haben.

Arbeitsämter sind keine Wohlfahrtsanstalten, sondern wirtschaftliche Institutionen. Diese Gesichtspunkte vertrat Genosse Hausherr vom Verbandsvorstand des Zentralverbandes der Angestellten in einer Besprechung im Preussischen Wohlfahrtsministerium, während die Vertreterinnen der Sozialbeamtenorganisationen sowie der Kombo sich auf den sonderbaren Standpunkt des Ministeriums stellten.

In einer Versammlung der Arbeitsnachweisangestellten des IZL wurde die Auffassung des Genossen Hausherr in der lebhaften Diskussion von den Sacharbeitsvermittlern unterstrichen. Durch Beispiele aus der Praxis illustriert. Die Arbeitsuchenden erwarten keine „Fürsorge“ vom Arbeitsnachweis, sondern das ihnen verlässliche und geschwellig wirkende Recht auf Vermittlung von Arbeit. Der Wille der gut besuchten Versammlung kam zum Ausdruck in folgender einstimmig angenommenen Entschließung:

„Der Zentralverband der Angestellten wird ersucht, gemeinsam mit dem IZL und IFA-Bund alles einzusetzen, daß die Absichten des Wohlfahrtsministeriums, die Beschäftigung als Arbeitsvermittler von höherer Schulbildung und Prüfungen abhängig zu machen, vereitelt werden. Das Reichsarbeitsministerium muß veranlaßt werden, Ausführungsbestimmungen zum Arbeitsnachweisgesetz zu erlassen, durch die die Regelungen der einzelnen Länder verpflichtend werden, die im Arbeitsnachweisgesetz vorgesehenen Anstellungsbedingungen der Angestellten der Arbeitsämter (einschließlich Erwerbslosen-Fürsorgeämtern) genau zu beachten.“

Verstöße gegen den Tarif.

Dem Arbeitgeberbundisus verteidigt.

Die Firma Formstücker, Graphische Kunstankalt, beschäftigt seit Jahr und Tag eine Arbeiterin, die seinerzeit wohl zu dem damals für sie zureichenden Lohn eingestellt sein mag. Auf Grund des allgemeinerbindlichen Tarifs hätte die Arbeiterin nach einer Beschäftigungsdauer von einem halben Jahr ohne weiteres in eine höhere Lohnklasse aufrücken müssen. Der Firma fiel es aber gar nicht ein, den höheren Lohn zu zahlen. Die Arbeiterin unternahm zunächst nichts. Nach einigen Monaten wandte sie sich an den Betriebsrat, der das Aufrücken der Arbeiterin in die höhere Lohnklasse für berechtigt erklärte und deshalb mit dem Unternehmer verhandelte. Dieser gab zunächst keine bestimmte Antwort, erklärte aber schließlich nach wiederholten Vorstellungen des Betriebsrats, er könne der Arbeiterin keinen höheren Lohn zahlen, weil er mit ihren Leistungen nicht zufrieden sei. Inzwischen waren wieder einige Monate vergangen. Dann forderte die Arbeiterin im Beistand des Buchbinderverbandes durch eine Klage beim Gewerbegericht die Nachzahlung der Lohn Differenz. Mit ihr zugleich klagte eine zweite Arbeiterin, die vor etwa zwei Monaten das 16. Lebensjahr überschritten und infolgedessen ebenfalls Anspruch auf einen höheren Lohn hatte. Beide Klagen wurden von der Firma mit der Entlassung der Klägerinnen beantwortet, die nun auch eine Einspruchsklage gegen ihre Entlassung einreichten.

Der Arbeitgeberverband der papierverarbeitenden Industrie, der den Tarif mit dem Buchbinderverband abgeschlossen hat, deckte das tarifwidrige Verhalten der Firma Formstücker dadurch, daß er ihr seinen Syndikus als Prozeßvertreter zur Seite stellte, der sich mit Eifer bemühte, den offensichtlichen Tarifbruch der Firma als berechtigt erscheinen zu lassen. Er glaubte sich auf einen Passus des Tarifs berufen zu können, wonach der Tariflohn für normale Leistungen bezahlt werde. Die Arbeit der Klägerinnen sei aber minderwertig gewesen. — Diese Behauptung wurde jedoch durch eine Zeugnisaussage widerlegt, wonach die von der Firma bezeugten Leistungen nicht hinter denen anderer gleichartiger Arbeiterinnen zurückgeblieben seien. — Der Vertreter des Buchbinderverbandes bemerkte hierzu, daß Arbeitgeber von angeblich ungenügenden Leistungen immer dann zu sprechen pflegen, wenn sie unter Ausnutzung der derzeitigen Kollage Arbeitnehmer unter dem Tarif entlassen. Hier gelte die Tarifbestimmung, daß Vereinbarungen, die den Tarif zuwiderlaufen, nichtig sind.

Hinsichtlich der 16jährigen Klägerin, die inzwischen andere Arbeit gefunden hat, kam ein Vergleich zustande, wonach sie 25 M. erhält. Hinsichtlich der ersten Klägerin entschied das Gericht, daß ihr der Tariflohn zu zahlen ist von dem Zeitpunkt an, wo sie ihn durch Vertretung beim Betriebsrat gefordert hat. Demgemäß hat die Firma 44 M. Lohn Differenz nachzahlen. Außerdem wurde sie verurteilt, die Klägerin weiterzubehalten oder ihr 100 M. Entschädigung zu zahlen, weil die Entlassung wegen berechtigter Tarifforderungen unbillig ist.

Ueberstundenarbeit bei Leiser.

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns:

Bereits vor Weihnachten mußten wir feststellen, daß die Schuhwarenfirma Leiser in ihren Betrieben Ueberstundenarbeit von ihren Angestellten verrichten ließ. Die Firma Leiser konnte es nicht unterlassen, auch nach Weihnachten Ueberstundenarbeit anzuordnen. Erst am 28. Januar 1927 beobachtete unsere Kontrollkommission, daß in der Leiser-Filiale, Belle-Alliance-Straße 106, die tarifmännlichen weiblichen Angestellten bis 1/2 Uhr nachts Ueberstundenarbeit entgegen den gesetzlichen Bestimmungen leisteten. Die zuständigen Behörden dürften die weiteren Maßnahmen bezüglich der Ueberstreichung der Arbeitszeitverordnung veranlassen.

Es ist unerhört, wenn in der Zeit großer Arbeitslosigkeit gewisse Unternehmer Ueberstunden verlangen. Eine große Anzahl von Angestellten, die als Ersatzkräfte einpringen können, ist bei den Arbeitsschwächen eingetragen, Tausende von brauchbaren älteren Angestellten sind bereit, Arbeit zu leisten. Man hinder sie daran, wenn die in Beschäftigung stehenden Angestellten weit über das gesetzliche Maß hinaus Ueberstundenarbeit verrichten. Es muß auch darauf geachtet werden, daß die gesetzlich vorgeschriebene Mittagspause für die offenen Verkaufsstellen innegehalten wird. Die Angestellten der Firma Leiser müssen die Arbeitszeitverordnung beachten und jeden Ueberstreichungsfall der Firma dem Zentralverband der Angestellten, Belle-Alliance-Straße 7/10, dem den zuständigen Organisationen melden.

Die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Arbeitskraft sind ungenügend. Arbeitnehmer, achtet auf ungesunde Ueberarbeit und bringt diese den zuständigen Stellen zur Kenntnis! Auch hiermit kann den arbeitslosen Arbeitnehmern geholfen werden.

Die Ladenteilschergen gegen Ueberstunden.

Wie gestern berichtet, stehen die Fleischer in einer sehr ernsthaften Bewegung um die Durchführung der tariflichen Arbeitszeit und um die Durchsetzung des Achtstundentages. Die Sektion 4 (Ladenteilschergen) der Ortsgruppe Berlin des Zentralverbandes der Fleischer nahm gestern in einer gutbesuchten Versammlung im „Dresdener Kasino“ eine Entschiedenheit an, in der die Ueberstreichungen der tariflichen Arbeitszeit scharf geißelt und gegen weitere Ueberstunden protestiert wurde. Außerdem wurde in dieser Resolution verlangt, daß die maßgebenden Instanzen sich mit aller Kraft bei der Regelung der Arbeitszeitfrage für die Durchführung des Achtstundentages einsetzen.

Gegen den Abbau der Reichsbahn.

Die Harburger Eisenbahner protestieren.

Die Generalversammlung der Mitglieder des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, Ortsgruppe Harburg-Elbe, hat zu den von der Reichsbahnhauptverwaltung erneut in Aussicht genommenen Entlassungen Stellung genommen. Die Mitgliedschaft erklärte, daß die heutige Wirtschaftskrise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit durch weitere Arbeiterentlassungen im Reichsbahnbetrieb nicht behoben werden kann.

Das wirksamste Mittel zur Behebung der immer größer werdenden Arbeitslosigkeit sieht die Mitgliedschaft in der Erfüllung folgender Forderungen:

Sofortige Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit im gesamten Reichsbahnbetrieb, Revision der Dienstbauvorschriften auf schnellerem Wege als bisher. Aufhebung der angedrohten Arbeiterentlassungen und Neueinstellung von weiteren Arbeitskräften. Ueberstundenverbot und Beschränkung der Ueberarbeit auf ein Mindestmaß in Ausnahmefällen. Sentung der Krankheitsziffer durch Zurückführung des jetzigen Arbeitsystems auf ein dem Arbeiter und seiner Gesundheit zuträgliches, die Krankenkassen nicht belastendes Maß.

Die Mitgliedschaft erwartet von der Reichsbahnhauptverwaltung, daß von ihr die hierzu notwendigen Maßnahmen eingeleitet werden. Bedenken, daß die weitere Einstellung von Arbeitskräften Schwierigkeiten bereiten könnte, sind nach Auffassung der Betriebsräte und der Gesamtschicht ausgefallen, da die notwendigen Maschinen, Werkzeuge und Räumlichkeiten vorhanden sind.

Landbündlermoral.

Die Landbündler reden gern von der guten Moral, die sie in Erbpacht genommen haben. Gegen ihre „Route“ aber halten sie sich in diesem wie in vielen anderen Punkten zu nichts verpflichtet. Dem Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes wurde aus Tommeren folgender Vorfall gemeldet.

Auf einem Gute des Kreises Grimmen wurde ein Landarbeiter, der zur Betriebsverteilung gehört, deswegen fristlos entlassen weil er seine anderwärts beschäftigte Tochter nicht als Hofgänger stellen wollte und konnte. Er hatte dem Besitzer einen Hofgänger angeboten, den dieser aber nicht einstellen wollte.

Run legte der Betriebsleiter ein Kesseltreiben gegen den Arbeiter an. Nicht nur, daß er ihn zwingen wollte, einen Revers zu unterschreiben, wonach er die Wohnung zu räumen hätte, machte er ihn auch Schwierigkeiten beim Bezug der Erwerbslosenunterstützung. Der Arbeiter klagte beim Arbeitsgericht. Um die Sache zu verschleppen, beantragte der Besitzer die Festsetzung des Verfahrens und reichte Klage beim Amtsgericht ein. Wie nicht anders zu erwarten war, wurde der Besitzer mit der Räumungsklage glatt abgewiesen.

Die Tochter des Arbeiters, die er als Hofgänger stellen sollte, war seit 1 1/2 Jahren verlobt. Der künftige Reife des Betriebsleiters

verbreitete nun das Gerücht, das Mädchen, das vor 1 1/2 Jahren in der Greifswalder Klinik an Blinddarmlinoperiert war, sei geschlechtskrank gewesen. Er übermittelte diese Verleumdung auch dem Verlobten des Mädchens, worauf dieser die Verlobung aufhob!

Der Vater erhob nun Klage, zunächst beim Schiedsmann. Der künftige Reife, ein echt deutscher Mann, Mitglied des Stahlhelm, gestand seine Verleumdung ein und bat um Einigung! Die Einigung kam dann so zustande, daß der Verleumder in zwei Zeitungen, und zwar in der „Grimmer Zeitung“ und im „Vorpommer“ Ehrenzerklärungen abzugeben hat, die dem Mitglied des Schiedsmannes bezahlt sowie die Kosten, die dem Mitglied des Landarbeiterverbandes durch den Rückgang der Verlobung entstanden sind. Der teuflische Held zog mit seiner reparierten Moral wie ein begoffener Fudel von dannen.

Die Arbeiterversicherung in Oesterreich.

Wien, 2. Februar. (WZ.) Der mit der Beratung der Arbeiterversicherung beauftragte Ausschuss des Nationalrats hat heute nach mehrwöchiger Arbeit den erwähnten Gesetzentwurf zu Ende durchberaten, wobei allerdings eine Anzahl wichtiger Fragen, darunter der Termin der Inkraftsetzung und die Behandlung der die Altersgrenze erreichenden Arbeiter, offen blieb, die erst in Parteiverhandlungen geklärt werden müssen. Von dem Ausgang dieser Verhandlungen dürfte dann auch die Regelung der Landarbeiterversicherung abhängen. Bekanntlich wurde durch einen Beschluß des Nationalrates der 15. März als Endtermin für die Erledigung dieses großen Wertes festgesetzt, so daß auch das Ende der Legislaturperiode mit dem Ergebnis der Verhandlungen in Zusammenhang steht.

Ende des Streiks der Wiener Postkassencure.

Wien, 2. Februar. (WZ.) Nach längeren Verhandlungen mit dem Generalpostdirektor Hofeist wurde die Beilegung des Streiks der Postkraftwagenlenker für heute nacht vereinbart. Der Dienst wird morgen früh wieder aufgenommen.

Die Arbeitslosigkeit in Frankreich.

Paris, 3. Februar. (L.) Der französische Arbeitsminister empfing gestern eine Abordnung von Arbeitslosen. Nachdem diese ihr Anliegen dem Minister vorgelegt hatten, versprach ihnen dieser eine Verdoppelung der Arbeitslosenunterstützung und baldige Entscheidung über die vorliegenden Pläne zur Behebung der Arbeitslosigkeit.

Die amerikanischen Einwanderungsbestimmungen.

Washington, 2. Februar. (WZ.) Im Ausschuss für Einwanderungsfragen des Senats gelangte eine Entschließung zur Annahme, durch die die Bestimmungen des Einwanderungsgesetzes, die die nationale Herkunft als Grundlage für die Einwanderungsquoten festsetzt, für die Dauer eines Jahres außer Kraft gesetzt wird. Diese Entschließung wurde auch von der Vollversammlung des Senats angenommen und dem Repräsentantenhaus überwiesen.

Zum Besuch der „Treplomer Sternmarke“ hat der Ortsausschuß Berlin des IZL die Bereinbarung getroffen, daß die Mitglieder der freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen bei Vorzeigung ihres Mitgliedsbuches nur halbe Preise zu zahlen haben.

Nach dem Hagenarbeiterstreik in Konstantinopel — worüber wir in Nr. 31 des „Vorwärts“ berichteten — wurde die Haftentlassung der Raunabchis beantragt, jedoch verweigert. „Dschumhuri“ berichtet, der Handelsminister Rachun Bey habe erklärt, daß in Zukunft alle Mahonen, von denen für gewöhnlich eine in gemeinsamem Besitz von fünf bis sechs Personen ist, aus dem Verkehr gezogen werden sollen. Man habe schon mit europäischen Fabriken Verträge geschlossen, die Flüße und Schäluppen mit elektrischem Antrieb liefern. Damit wäre das Schicksal dieser kleinen Besitzer besiegelt. Ihre Fahrzeuge werden überflüssig und sie selber in die Stellung reiner Lohnarbeiter gedrängt.

Aus der Partei.

„Die Gesellschaft.“

Das oben erschienene Heft Nr. 2 (Februar 1927) bringt u. a. folgende Artikel: Brinckhoff Dr. Hugo J. J. Brunn: Klassenwissenschaft und Klassenwahn. — Professor Harold J. Vastli-London: Der britische Staatenbund in seiner Gestalt von 1926. — Dr. Jakob Marschal: Ferngespräch. — Professor Dr. Siegfried Rad: Wirtschaftliche Grundprobleme in der Soziologie der Gegenwart. — Dr. Solomon Schwarz: Bevölkerungsbewegung und Arbeitslosigkeit in Russland. — Politik und Industrie in Dänemark. — Rina Bang: 1. Die Wahlen. — Peter Wetland: Haupt: 2. Die Lage der Industrie. — Bücher usw. Bestellungen zum Heftpreis von 1,50 M. nehmen die Zeitungsböden und alle Parteibuchhandlungen entgegen.

Die Einigung in Norwegen zwischen der sozialdemokratischen und der Arbeiterpartei ist am Sonntag in Oslo feierlich geschlossen worden, nachdem am Sonnabend die Kongresse der beiden Parteien das von den Hauptvorständen ausgearbeitete Einigungsprogramm angenommen hatten. Unter ungeheurem Jubel der zahlreichen Vertreter der beiden Parteien und der Gewerkschaften verließen die Vorsitzenden der beiden Parteien, daß von nun an eine einzige Arbeiterpartei der Sozialismus in Norwegen vertrete. Als Vorsitzender der neuen Partei wurde der bisherige Vorsitzende der Arbeiterpartei, Oskar Torp, gewählt, zum zweiten Vorsitzenden der bisherige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Ragnar Riislien.

Verantwortlich für Inhalt: Walter Hoff; Schriftf. G. Klingebier; Geschäftsleitung: Dr. G. Hoff; Redaktion: Dr. John Schilling; Zeichner und Satzsetzer: Fritz Koppitz; Anzeigen: Th. Glaser; sämtlich in Berlin. Druck: Norddeutscher Verlag, Berlin SW 48, Lindenstraße 12.

Berliner - Elektriker - Genossenschaft
Berlin N24, Elsässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher Norden 65 2 u. 65 2a | Landhausstraße 4. Tel.: Pfalzbur- 9321
Ausstellungsräume und Lager
Alexanderstr. 39-40 (Alexander-Passage) Tel.: Köpenicker 546.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfangs
zu kulant-n Zahlungsbedingungen
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

Achtung!
Billiger Fleisch- und Wurstverkauf
billig und gut
40 Thierstraße 40

Reine Koch-, Back-, Butter 1.40
Allergische Fisch-Butter 1.80
Wegner, Berlin SO
Mariannenstraße 34

Grippe Grafix Schutz und Hilfe sofort durch nicht festende Einreibung M. 1.50
Laboratorium Gratchen,
Leipzig, Rohstraße 12.

Konkurrenzlos!!!

Metallbetten	10.50 an
mit Polsterauflagen	20. -
Sofa	50. -
Schlaf-Chaiselongues	24. -
Chaiselongue-Becken	7. -
Wandbänke	3. -
Patentmatten	9. -

Freisendung! Ratenzahlung!
Göhr, Berlin, Pappelallee 12
Pankow, Schmidtstr. 7.

Bleyle's
Strickkleidung für Herbst und Winter.
Westen für Herren, Damen, Kinder.
Knaben-Anzüge, Schul- u. Anknöpfhosen.
Sweater für Knaben und Mädchen.
Fallenröcke, Reformhosen u. Schlüpfer.
Original-Listen-Preise. — Katalog gratis.
August Berg, Unlandstraße 167
Spezialgeschäft für Wollwaren.

Auf Teilzahlung!
Herr u. Dame
Garderobe
Wästel, Unter, Paletots, Anzüge, Joppen.
MÖBEL
Schlaf-, Speise-, Heranzimmer, Küchen, Einzelmöbel, Federbetten
Aniel, Gr. Frankfurter Str. 34
Strausberger Platz

100 MARK
Qualitäts-, Bahai- u. Beklamemarken
gegen Nachahmung gesetzl. gesch. lertigste 45 Jahr. als Spezialität
Conrad Müller
Schkeuditz-Leipzig

DIETZ ANTIQUARIATS-WOCHE!
die Gelegenheit zum billigen Erwerb wertvoller Bücher aus allen Gebieten!
Buchhandlung und Antiquariat J. H. W. DIETZ Nachf.
(früher Buchhandlung „Vorwärts“) SW 48, Lindenstraße 2.

Radio-Anlagen
ohne Anzahlung
nach 5 Monatsraten à M. 5.-
Ferner in Lautsprecher-Anlagen zu günstigsten Bedingungen liefert das Fachgeschäft
Radiotyp, Alt-Moabit 124
Tel. Moabit 9239 (gegenüber dem Kriminalgericht)